



Die Jugendlichen aus der Liesel-Anspacher-Schule und der Realschule sind heute schon „Grenzgänger“, gegenseitige Besuche an der Tagesordnung. Das tiefer gelegene Gelände links gehört zur Hauptschule, rechts davon ist der Hof der Realschule. ■ Fotos: Mix

Aus für die Haupt- und die Realschule ist besiegelt

Nur Christdemokrat Dürr stimmt dagegen / Streit um geplante Elternbefragung

ACHIM ■ Das Aus für die Haupt- und die Realschule in Achim ist praktisch besiegelt. Gegen die Stimme von Rüdiger Dürr (CDU) und bei einer Enthaltung der Lehrervertreterin Karin Hauptmann stimmte der Schulausschuss des Stadtrats am Montagabend dafür, die beiden Lernstätten an der Waldenburger Straße zu einer neuen Schule für die Sekundarstufe I zu vereinen.

Die Stadt will dort eine Integrierte Gesamtschule (IGS) oder eine Oberschule einrichten, deren Start „frühestens“ Mitte 2016 vorgesehen ist. Eltern der Achimer Grundschüler aus den ersten drei Klassenstufen und der Kinder aus dem letzten Kita-Jahrgang sollen bei einer Befragung nach den Sommerferien bekunden, in welche der beiden Schulformen sie ihren Nachwuchs lieber schicken möchten.



Noch gibt es die eine...

Warum solle denn die Realschule verschwinden, ja wohl aus Kostengründen, spekulierten einige Bürgerinnen und Bürger im Ratssaal. Nein, antwortete Bürgermeister Rainer Ditzfeld, sondern weil es für den fünften Jahrgang der Hauptschule, die seit kurzem Liesel-Anspacher-Schule heißt, seit Jahren kaum noch 15 Anmeldungen gebe und das sei auf Dauer zu wenig für den genehmigungsfähigen Betrieb einer Schule.

Warum verteile denn die Stadt die Achimer Hauptschüler nicht einfach auf die Oberschulen oder ande-

untereinander finde ich ganz furchtbar“, stellte die CDU-Frau fest und bezeichnete sich als „Fan“ der Realschule. „Als Ratsmitglied muss man aber die Realitäten zur Kenntnis nehmen.“

Der Bürgermeister und Redner aller Fraktionen lobten die „hervorragende Arbeit“ an beiden Schulen. Gleichwohl führte Gabriele Sommer (Grüne) hier wie dort „pädagogische Defizite“ ins Feld. „Die Uno bemängelt, dass das dreigliedrige Schulsystem die Kinder mit ihren Stärken und Schwächen nicht in der nötigen Weise fördert.“ Und viele Eltern sähen das offenbar genauso.

Realschul-Rektorin Christa Watermann beklagte, dass die Hauptschule im Vergleich zur Schülerzahl von der Stadt erheblich mehr Fördermittel als die Realschule erhalte und zeig-



... und die andere Adresse.

leistungs- noch begabtegerecht“, begründete Dürr seine Ablehnung des Konzepts. Er befürchte „einen Niedergang der Bildung“.

Gegen die geplante Elternbefragung stimmten alle drei CDU-Vertreter im Ausschuss und Hauptmann. Der von der Stadt eingesetzte, aus Lehrern und Eltern bestehende Arbeitskreis zur Schulzusammenlegung habe weder eine Empfehlung für die Schulform noch ein pädagogisches Konzept vorgelegt, kritisierte Dr. Petra Götz (CDU-Fraktion).

Letzteres sei nicht Aufgabe des Arbeitskreises gewe-

Aber bis dahin dürfte es noch manche Debatte um die Gestaltung des Fragebogens und erst recht um das inhaltlich-pädagogische Konzept für die neue Schule gehen. Die Sitzung des Ausschusses lieferte darauf einen Vorgeschmack. Zunächst jedoch nutzten Anhänger der Realschule die Einwohnerfragestunde dafür, ihrem Ärger noch einmal Luft zu verschaffen.

re dafür in Frage kommende Schulen im Landkreis, wandte ein Vater ein. Eine Haltung, die umgehend Widerspruch hervorrief. „Die Hauptschüler in Achim genießen ja wohl die gleiche Wertschätzung wie die Realschüler hier“, echauffierte sich ein Mann unter kräftigem Beifall.

Den bekam auch Isabel Gottschewsky. „Das Ausspielen der Schülergruppen

te sich gegenüber dem Modell „Oberschule“ skeptisch. In Bremen sei die Akzeptanz dafür „deutlich geringer als erwartet“. Auch forderte Watermann, sich mit der Schulreform in Achim mehr Zeit zu lassen. „Wir können nicht noch vier Jahre warten“, entgegnete Dominik Lerdon, Leiter der Liesel-Anspacher-Schule.

Die beiden alternativen Schulformen seien „weder

sen, erwiderte Wiltrud Ysker, Leiterin des Bildungsbereichs in der Stadtverwaltung. Das werde schon bald eine von der Landesschulbehörde einzurichtende AG übernehmen. Und die sechs Vertreter von SPD, Grünen und WGA im Ausschuss sowie Elternvertreter Enno Lork hielten es am Ende für „sinnvoll, die Bürger in der Schulfrage zu beteiligen“. ■ mm